19, 09, 90

Sachgebiet 2170

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates – Drucksachen 11/391, 11/7928 –

Entwurf eines . . . Gesetzes zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes

Bericht der Abgeordneten Kalb, Dr. Diederich (Berlin), Dr. Weng (Gerlingen) und Frau Vennegerts

Mit dem Gesetzentwurf sind Verbesserungen im Bereich der Sozialhilfe sowie der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz beabsichtigt. Der Gesetzentwurf sieht in der vom federführenden Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vorgelegten Beschlußempfehlung vor, in Fällen der häuslichen Pflege den Verkehrswert eines im übrigen angemessenen Hausgrundstücks bei der Ermittlung des verwertbaren Vermögens des Hilfesuchenden außer Ansatz zu lassen. Ferner werden die Altersvoraussetzungen für den Personenkreis weiter gefaßt, dem Blindenhilfe oder Pflegegeld nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt wird. Die Empfänger von Pflegegeld nach dem Bundesversorgungsgesetz werden in die Regelung einbezogen.

Der Gesetzentwurf führt zu geringfügigen Mehrausgaben des Bundes durch die Änderung des Bundesversorgungsgesetzes. Die Mehrausgaben des laufen-

den Haushaltsjahres sind zu erwirtschaften. Für 1991 sind die Mehraufwendungen im Entwurf des Bundeshaushalts 1991 zu berücksichtigen. Für die Folgejahre ist die Finanzplanung des Bundes entsprechend fortzuschreiben.

Auf die öffentlichen Haushalte der Gemeinden wirkt der Gesetzentwurf in der Fassung der Beschlußempfehlung des federführenden Ausschusses für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit mit jährlichen Mehrausgaben von insgesamt 10 Mio. DM ein.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit vorgelegten Beschlußempfehlung.

Bonn, den 19. September 1990

Der Haushaltsausschuß

Walther

Kalb

Dr. Diederich (Berlin)

Dr. Weng (Gerlingen)

Frau Vennegerts

Vorsitzender

Berichterstatter

